

369



**Der  
Freiheits-  
kämpfer**

**Organ der Kämpfer für  
Österreichs Freiheit**

61. Jahrgang – Nr. 35 – April 2012

**Neuer ÖVP Landesobmann Wien**

---

**Reformen für mehr Sicherheit**

---

# Opfer- Fürsorgegesetz – neue Zuständigkeiten



# Opferfürsorgegesetz – neue Zuständigkeiten

## Vorgeschichte

Im Herbst 2011 wurden die Vertreter der Opferverbände im Rahmen der Opferfürsorgekommission informiert, dass ein einstimmiger Beschluss der Landeshauptleutekonferenz besteht, wonach die Agenden des Opferfürsorgegesetzes in der ersten Instanz vom jeweiligen Landeshauptmann auf das Bundessozialamt übergehen sollen. Damit verbunden wäre auch der Entfall der Rentenkommissionen in den Bundesländern vorgesehen gewesen. Gegen diese Überlegungen haben die Opferverbände vorerst schriftlich Stellung bezogen und auf die Problematik dieser Änderung hingewiesen. Begründet wurde jedoch diese neue Überlegung damit, dass in den Jahren 2010 und 2011 nur insgesamt 493 Verfahren nach dem Opferfürsorgegesetz durchgeführt wurden. Die nachstehende Aufstellung zeigt die Befassung der Bundesländer damit in den Jahren 2010 und 2011.

	2010		2011	
	0	Fälle	0	Fälle
NÖ	0	-	0	-
Salzburg	0	-	0	-
Tirol	0	-	0	-
Vorarlberg	0	-	3	-
Burgenland	1	-	3	-
Oberösterreich	5	-	2	-
Steiermark	10	-	8	-
Wien	88	-	85	-
Kärnten	226	-	62	-
	<b>330</b>	<b>Fälle</b>	<b>163</b>	<b>Fälle</b>

Ein weiteres Problem waren enorme jahrelange Verzögerungen in einzelnen Bundesländern und eine lange Dauer der Verfahren. Dazu kommt noch, dass in allen anderen Entscheidungen über Sozialansprüche das Bundessozialamt

zuständig ist und mit dieser neuen Gesetzesbestimmung eine Konzentrierung mit Synergieeffekten eintritt.

Während für die Zusammenlegung im Bundessozialamt im Sinne der Verwaltungsvereinfachung und Kostenersparnis nur ein geringer Widerstand seitens unserer Organisation vorgetragen wurde, haben sich alle Opferverbände massiv gegen den gänzlichen Entfall der Rentenkommissionen ausgesprochen. In einer Besprechung beim Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz wurde von den Obleuten der Opferverbände massiv der dringende Wunsch geäußert eine Rentenkommission beim Bundessozialamt einzurichten. Diesen Wunsch wurde in dankenswerter Weise entsprochen und ein entsprechender Gesetzesvorschlag dem Parlament übermittelt.

## Neue Rechtslage

Mit 1. April 2012 tritt nunmehr die Novelle 2012 zum Opferfürsorgegesetz in Kraft. Diese bedeutet: alle Anträge, die bisher beim jeweiligen Amt der Landesregierung zu stellen waren, sind jetzt an das Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen einzubringen. Bei diesem Bundesamt wird eine Rentenkommission eingerichtet, in die alle Opferverbände einen Vertreter samt erforderlichen Stellvertretern entsenden können. Sollte in der Rentenkommission kein Vertreter aus dem Bundes-

land des Antragsstellers mitarbeiten, ist der Vorsitzende/die Vorsitzende der Rentenkommission berechtigt, einen Sachverständigen aus dem jeweiligen Bundesland beizuziehen.

Der Instanzenzug zum Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz bleibt weiterhin aufrecht. Ebenso besteht weiterhin die Opferfürsorgekommission im genannten Bundesministerium. Durch diese Novelle ist sichergestellt, dass österreichweit alle Antragssteller nach den gleichen Gesichtspunkten rasch behandelt werden und die Entscheidungen der 1. Instanz nicht von einander abweichen, wie dies in der Vergangenheit öfter geschehen war. Die Verfahren des Bundesamtes werden somit im Vergleich mit der Dauer bei einzelnen Bundesländern beschleunigt. Das Bundessozialamt wird die betroffenen Personen in einem gesonderten Schreiben informieren, beraten und auch ordentlich betreuen.

In dieser auch mit Verfassungsbestimmungen versehenen Novelle ist es den Opferverbänden gelungen, die Mitwirkung der Interessenvertretungen der Opfer und deren Nachkommen

### BUNDESSOZIALAMT

1010 Wien, Babenbergerstraße 5  
Fax: 05 99 88 – 2030  
e-mail: bundessozialamt@basb.gv.at

### Landesstelle Burgenland

7000 Eisenstadt, Hauptstraße 33 a  
Fax: 05 99 88 – 7412  
e-mail: bundessozialamt.bgl1@basb.gv.at

### Landesstelle Kärnten

9010 Klagenfurt, Kumpfgasse 23-25  
Fax: 05 99 88 – 5888  
e-mail: bundessozialamt.ktn@basb.gv.at

### Landesstelle Niederösterreich

3100 St. Pölten, Grenzgasse 11 Top 3  
Fax: 05 99 88 – 7699  
e-mail: bundessozialamt.noe1@basb.gv.at

### Für das östliche und südliche Niederösterreich

1010 Wien, Babenbergerstraße 5  
Fax: 05 99 88 – 2284  
e-mail: bundessozialamt.noe1@basb.gv.at

### Landesstelle Oberösterreich

4021 Linz, Gruberstraße 63  
Fax: 05 99 88 – 4400  
e-mail: bundessozialamt.ooe@basb.gv.at

### Landesstelle Salzburg

5020 Salzburg, Auerspergstraße 67 a  
Fax: 05 99 88 – 3499  
e-mail: bundessozialamt.sbg1@basb.gv.at

### Landesstelle Steiermark

8021 Graz, Babenbergerstraße 35  
Fax: 05 99 88 – 6899  
e-mail: bundessozialamt.stmk1@basb.gv.at

### Landesstelle Tirol

6020 Innsbruck, Herzog-Friedrich-Straße 3  
Fax: 0512 – 56 26 09  
e-mail: bundessozialamt.tirol1@basb.gv.at

### Landesstelle Vorarlberg

6900 Bregenz, Rheinstraße 32/3  
Fax: 05 99 88 – 7205  
e-mail: bundessozialamt.vlbg@basb.gv.at

### Landesstelle Wien

1010 Wien, Babenbergerstraße 5  
Fax: 01 – 58 62 016  
e-mail: bundessozialamt.wien1@basb.gv.at

sicher zu stellen. Es ist sehr erfreulich gewesen, dass seitens der Vertreter des Bundesministeriums Verständnis für die Anliegen und Aufgaben der Opferverbände gezeigt wurde. Wir bieten wie auch die anderen Opferverbände allen Interessierten Beratung und Betreuung in der Form, wie sie bisher immer erfolgt ist weiterhin an, und laden alle Interessierten ein, ihre Anliegen und Wünsche an uns heran zu tragen. Wir sind gerne bereit, nach Beratung auch die gerechtfertigten Wün-

sche an das Bundessozialamt weiterzutragen. Nebenstehend (siehe Kasten) ist eine Aufstellung des Bundessozialamtes und der Landesstellen der einzelnen Bundesländer dargestellt.

Abschließend ist nochmals festzuhalten, dass sich an den Ansprüchen aus dem Opferfürsorgegesetz keinerlei Änderungen ergeben und die Opfer und deren anspruchsberechtigte Nachkommen weiterhin in guten Händen sein werden.

GK ■



## Der neue Obmann der ÖVP-Wien stellt sich vor

**Mag. Manfred Juraczka** wurde am 16. Jänner 1969 in Wien geboren, er ist verheiratet und Vater eines Sohnes.

Nach der Matura absolvierte der gebürtige Hernalser Studien der Publizistik und Politikwissenschaften an der Universität Wien.

Bereits als Schüler trat Juraczka der Jungen ÖVP bei, wo er neben anderen Funktionen die des Bezirksobmannes inne hatte. Danach hatte er mehrere Funktionen im ÖAAB, seit 2003 ist er Bezirksparteiobmann der ÖVP-Hernals und Mitglied des Landesparteivorstandes. Von

2007 bis 2010 war Juraczka darüber hinaus Bezirksvorsteher-Stellvertreter in Hernals. Am 29. September 2011 wurde er als Stadtrat angelobt und am 25. Februar 2012 zum Landesparteioobmann gewählt.

Beruflich war Juraczka neben seinem Studium als parlamentarischer Mitarbeiter tätig, danach arbeitete er als Senior Consultant bzw. Geschäftsführer in der PR-Branche. Von 2004 bis September 2011 war er schließlich Marketing & Sales Manager in einem internationalen Technologiekonzern.

**Zwei Vertreter unserer Landesorganisation haben beim Landesparteitag am 25.2.2012 ihre Stimme für den neuen Landesparteioobmann abgegeben.**

**Unsere Organisation ist aufgrund des ÖVP Parteistatutes mit Sitz und Stimme an Bundesparteitagen und Landesparteitagen der ÖVP vertreten.**

## Neustart für Wien

**Am 25. Februar wurde der Hernalser Manfred Juraczka mit überwältigender Mehrheit zum neuen Landesparteioobmann der ÖVP-Wien gewählt.**

In seiner Parteitags-Rede ließ er keinen Zweifel daran, dass ein „Neustart“ für die Stadtpartei notwendig sei, betonte aber gleichzeitig, dass dieser auch für Wien Not tue. Er forderte den Mut ein, zu seiner Überzeugung zu stehen, auch wenn diese „gerade nicht dem Zeitgeist entspricht“. Die bürgerlichen Werte der Volkspartei – die Juraczka mit den Worten Freiheit, Leistung, Gerechtigkeit umschrieb – seien heute wichtiger denn je. Freiheit bedeute, dass die Politik ausschließlich Rahmenbedingungen vorzugeben habe, innerhalb derer sich der Mensch frei entfalten könne. Die ÖVP stehe für Leistungsbereitschaft und meine damit auch jene, die aus unterschiedlichen Gründen – etwa Krankheit – nichts oder weniger tun können als sie eigentlich wollen. Der dritte Kernwert sei die Gerechtigkeit: „Das ist bekanntlich das, was andere immer nur plakativieren. Wie so vieles, was die SPÖ plakatiert.“ Der ÖVP gehe es um ein modernes, umfassendes Verständnis von Gerechtigkeit, das mit der Gleichmacherei der SPÖ wenig gemein habe. „Die Sozialisten träumen seit jeher von der Gleichheit aller Menschen. Aber glücklicherweise hat der liebe Gott uns alle unterschiedlich erschaffen. Ideolo-

gische Gleichmacherei im Namen der Gerechtigkeit führt unweigerlich in eine Sackgasse.“

So sei es etwa nicht gerecht, „Kinder mit ganz unterschiedlichen Talenten und Begabungen“ in eine „gleichmacherische Gesamtschule“ zu schicken.

Juraczka umschrieb in Folge „die politische Realität der Stadt“: „Wien wird seit 1945 von einer SPÖ regiert, die träge, verkrustet, unbeweglich und erneuerungsresistent ist und darüber hinaus im höchsten Maße selbstgefällig. Wien wird nicht gestaltet, sondern verwaltet – und selbst das immer unbefriedigender und mit immer größeren Defiziten in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik.“

Auch die Grünen hätten als Koalitionspartner ihre früheren Themen wie Demokratie und Bürgerbeteiligung ad acta gelegt und seien sowohl gesellschafts- als auch wirtschaftspolitisch links außen angesiedelt. „Sie haben einen höchst intoleranten Wahrhaftigkeitsanspruch“, erklärte Juraczka im Hinblick auf die Verkehrspolitik. Der Individualverkehr werde verteufelt und das Autofahren so sehr verteuert, dass es sich die Menschen bald nicht mehr leisten können: „Autofahrer brauchen Alternativen. Und keine Schikanen“, so der Landesparteioobmann in Richtung der grünen Verkehrstadträtin.

Die FPÖ als Oppositionspartei beschränke sich hingegen nur allzu oft auf Angstma-

che und Krawallmacherei und biele in gesellschaftspolitischen Fragen „überraschend oft links ab“, erklärte Juraczka, der in diesem Zusammenhang einige Forderungen der FPÖ aufzählte: „Wiedereinführung der staatlichen Benzinpreisbindung, Bau von jährlich zusätzlich 9.000 Gemeindewohnungen, € 1.500,- Mindestlohn – das alles zeigt, dass die FPÖ sich immer öfter

als dritte linke Kraft in dieser Stadt positioniert.“ Umso mehr brauche es „gerade angesichts der schauerhaften Vorstellung der rot-grünen Stadtregierung“ eine bürgerliche Alternative.

Statt Maßnahmen für eine effiziente Verwaltung zu treffen, drehe die Stadtregierung an der Gebührenschaube und gefährde den Wirtschaftsstandort. „Und zeitgleich fließen rund

€ 100 Mio. jährlich in die Eigenwerbung der Stadt!“

In der Integrationspolitik ertheilte Juraczka rot-grüner „Multikulti“-Träumerei auf der einen und blauer Angstmache auf der anderen Seite eine Absage: „Es bedarf endlich sinnvoller Maßnahmen in Wien, um die Integration ausländischer Mitbürger zu unterstützen, aber auch einzufordern. Integration durch

Leistung ist der zukunftsweisende Ansatz.“ Es gäbe noch viele andere Bereiche, in denen die ÖVP ihre Wertvorstellungen „der vereinigten Linken“ in dieser Stadt selbstbewusst entgegenstellen werde, so Juraczka, der beispielhaft die Familienpolitik und Ansätze einer generationengerechten Politik erwähnte. So fordere die ÖVP intergenerative Wohnprojekte, die auf die Lebenssituationen einer altersgemischten Gesellschaft Rücksicht nehmen und wolle den Menschen den Wunsch erfüllen, im Alter so lange als möglich im gewohnten Lebensumfeld zu bleiben.

„Es gibt genügend Platz für eine starke, bürgerliche Alternative in Wien. Unsere Stadt gehört keiner Partei. Befreien wir uns von der roten Zwangsjacke. Wir starten neu. Wir starten jetzt. Dafür bitte ich Euch um Eure Unterstützung. Für mich. Für die ÖVP. Für unser Wien.“, so der neue Parteiboss abschließend.

ÖVP Wien ■

## Grußadresse des neuen Obmanns der ÖVP-Wien

*Als neu gewählter Landesparteiobmann der ÖVP Wien entbiete ich den Lesern des „Freiheitskämpfers“ meinen herzlichen Gruß und verbinde diesen mit meinem Dank für die Arbeit der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich.*

*Leider ist die Darstellung der geschichtlichen Ereignisse am Vorabend des Finis Austriae von medialer Einseitigkeit geprägt, die die Leistungen des christlich-sozialen Widerstan-*

*des nur allzu oft ausblendet.*

*Es ist der Kameradschaft der politisch Verfolgten zu danken, dass sie hier gegensteuert und sich auch gegen ideologisch motivierte Begriffe wie jenen des „Austrofaschismus“ wendet.*

*Die Aufgabe der Kameradschaft ist die Pflege der Erinnerung an jene Christlich-Sozialen, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus Leid und Verfolgung erlitten und die in vielen Fällen auch für Öster-*

*reich ihr Leben hingegeben haben.*

*Diese Aufgabe impliziert den Grundgedanken, dass Geschichte niemals schwarz-weiß ist, sondern immer auch differenziert zu betrachten ist. Eine Differenzierung, die viele Historiker in Hinblick auf den Vorabend der Machtübernahme Hitlers leider vermissen lassen.*



Stadtrat Mag. Manfred Juraczka  
Landesparteiobmann der ÖVP Wien

## Meine Klarstellung

Seitens des Generalsekretärs des Bundesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden Österreichs, Mag. Raimund Fastenbauer, wurde in einem Artikel in der Zeitschrift „Couleur“ des Mittelschülerkartellverbandes unserer ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich – somit mir – vorgeworfen, als einzige Opferorganisation nicht an den Aktivitäten gegen den Ball des Wiener Kooperationsringes (WKR-Ball) mitgemacht zu haben. Als Grund wird vermutet, dass diese Entscheidung offenbar seine Ursache in parteipolitischer Taktik habe, um das Verhältnis zur FPÖ nicht zu belasten, und man sich anscheinend die Option der extremen Rechten als Partner offen halten will.



Gegen diese Unterstellung sehe ich mich gezwungen eine klare Aussage zu treffen.

Wer meine Familiengeschichte kennt wird verstehen, dass ich kein Naheverhältnis zur FPÖ oder zu deutsch-nationalen Verbindungen habe. Außerdem habe ich weder eine Parteiweisung erhalten noch würde ich eine solche auch in meiner Funktion als Bundesobmann unserer Organisation akzeptieren. Meine Entscheidung, nicht im Kreis der Gegner dieses Balls aufzutreten, beruht einzig und allein auf dem Faktum, dass es sich bei dieser Ver-

anstaltung um eine rein gesellschaftliche handelt, und nicht wie die zum 8. Mai stattfindende, jedoch mit einem politischen Hintergrund versehene, Totengedenkfeier zur Kapitulation der Deutschen Wehrmacht. Aber auch dort haben Linksradikale und Autonome die Federführung und nicht ehrliche Gegner oder Opfer des NS-Regimes. Wenn man verhindern will, dass es einen WKR-Ball gibt, so muss man nach den in Österreich immer noch herrschenden Rechtsnormen die Träger der Veranstaltung verbieten, wenn ihnen ein gesetzwidriges Verhalten vorgeworfen werden kann. Dies ist bis heute trotz verschiedener Versuche nicht erfolgt bzw. nicht gelungen. Ich persönlich als jahrzehntelanges Mitglied einer katholischen österreichischen Verbindung im ÖCV war

nie auf diesem Ball und werde ihn auch in Zukunft wo auch immer und unter welchem Titel auch immer er stattfindet, nicht besuchen.

Wie richtig meine Entscheidung war, geht eindeutig daraus hervor, dass zum Ball des oberösterreichischen katholischen Kartellverbandes in Linz ebenfalls Demonstrationen und Protestveranstaltungen organisiert und abgehalten wurden. Dieser Ball hat absolut nichts mit deutsch-national oder FPÖ-nahe zu tun. Es zeigt aber deutlich, dass die Linie der „linken Chaoten“ klar gegen alles, was Couleurstudententum darstellt, läuft und auch in diesem Fall das Wort „Wehret den Anfängen“ angebracht ist. Dies zur Klarstellung meiner höchstpersönlichen Entscheidung.

KomR. Dr. Gerhard Kastelic  
Bundesobmann

# Gedenkmesse in St. Michael

**Die traditionelle Gedenkmesse für die Opfer des NS-Regimes und die Bombenopfer des Philiphofes vom 12. März 1945 fand dieses Jahr genau auf den Tag nach 67 Jahren statt.**

Mit uns feierte die Hl. Messe die ÖVP Wien Innere Stadt, welche die anschließende Gedenkstunde am Albertinaplatz gestaltete. Zur Gedenkmesse konnte Dr. Gerhard Kastelic neben einer leider immer kleiner werdenden Anzahl unserer Kameradinnen und Kameraden den neuen ÖVP-Landesparteiobmann Mag. Manfred Juraczka, den Bezirksparteiobmann Mag. Markus Figl und dessen Vorgänger Dr. Franz Eduard Kühnel begrüßen. Eine spezielle Auszeichnung war die Anwesenheit unseres fast 90jährigen Botschafters Dr. Ludwig Steiner.

Besonders gedachten wir der uns bekannt gewordenen Todesfälle Dr. Hubert Jurasek, Anna Baumgartner und Margareta Forster, die zuletzt verstorben waren.

Bei dem nach der Messfeier in der Turmkapelle gestalteten Gedenken beim Dachauer Kreuz wies Pfarrer P. Dr. Peter van Meijl auf den Sinn dieses besonderen Kreuzes und die anderen historisch und kulturell bedeutenden Werke mit spezieller Richtung auf unseren Glauben hin.

Am Albertinaplatz begrüßte Mag. Figl die Teilnehmer und erläuterte die Tragik der fast 300 Todesopfer des Bombenangriffs vom 12. März 1945, die immer noch unter dem Platz liegen.

Mit einer Kranzniederlegung endete dieser Tag des Gedenkens. **GK ■**



Pfarrer P. Dr. Peter van Meijl (oben links), „Dachauer Kreuz“ (oben rechts), Mag. Manfred Juraczka und Mag. Markus Figl am Albertinaplatz.

# Schüler gedenken der NS-Opfer

**Wiener Schulen gedenken der Ereignisse und machen sich Gedanken zur Zeit 1938 – 1945.**

Am 12. März 2012 fanden wieder die schon seit Jahren organisierten Gedenkstunden der ARGE Opferverbände gemeinsam mit dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) und dem Stadtschulrat für Wien statt.

Begonnen wurde um 9:30 Uhr in der im vergangenen Jahr neugestalteten Gedenkstätte für

Opfer der Gestapo in der Salztorgasse (Leopold Figl Hof). Die wissenschaftliche Leiterin des DÖW Dr. Brigitte Bailer hielt einen erläuternden Vortrag und Schülerinnen und Schüler des RG 1, Schottenbastei, gestalteten Lesungen.

Um 11 Uhr folgte in der Weihestätte im Landesgericht für Strafsachen Wien eine von Schülerinnen und Schülern des G19, Gymnasiumstrasse, vortragene Lesung ihrer Gedanken zur Neugestaltung der Erinnerungstafeln in ihrer Schule für die Opfer der beiden Weltkriege und an die aus politischen

oder Abstammungsgründen relegierten und ermordeten Professoren und Schüler. Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer legte in sehr verständlichen und klaren Worten die politischen und menschlichen Folgen für die andersdenkenden hingerichteten Gegner des NS-Regimes dar. Der Präsident des Straflandesgerichtes Wien Mag. Friedrich Forsthuber ergänzte die Ausführungen mit Zahlen und verwies auf die heuer kommende Ausstellung „Die Geschichte des Grauen Hauses und der österreichischen Strafgerichtsbarkeit“.

Die dritte Gedenkveranstaltung fand um 13 Uhr beim Amtshaus Floridsdorf statt, bei der Schülerinnen und Schüler der HTL Donaustadt 22 ihre Gedanken vortrugen und Mag. Stephan Roth vom DÖW die historischen Aspekte darlegte.

Es ist von besonderer Bedeutung, dass junge Menschen sich mit der Zeit des NS-Terrors befassen und die Opfer im Kampf für ein freies Österreich nicht vergessen werden.

# Der Österreichdienst – Reformen für mehr Sicherheit

Nachdem die Regierung das Sparpaket präsentiert hat, sieht sich ÖVP-Wehrsprecher Abg.z.NR Oswald Klikovits einmal mehr darin bestätigt, dass das österreichische Bundesheer grundlegend reformiert werden muss. Im Gegensatz zu Verteidigungsminister Darabos, der die allgemeine Wehrpflicht abschaffen und ein reines Berufsheer installieren möchte, hat die ÖVP mit dem Österreichdienst ein nachhaltiges, zukunftsweisendes Modell erarbeitet, das sowohl verfassungskonform als auch mit den gegebenen Mitteln finanzierbar ist.

## Bedrohungen und Herausforderungen

Laut einer aktuellen Studie des Heidelberger Instituts für Konfliktforschung gab es 2011 weltweit 20 Kriege, so viele wie schon seit 1945 nicht mehr. Regionale Krisenherde an den EU-Außengrenzen, vor allem in Nordafrika und der Kaukasus-Region, natürliche und technische Katastrophen wie etwa Hochwasser oder atomare Un-

*uns allen bewusst sein, dass Österreich keine Insel der Seligen ist und wir nicht unter einem alles abwehrenden Glassturz leben. Wir wissen aus Erfahrung, dass es einfach nur blauäugig ist, zu glauben, dass wir in Österreich vor internationalem Terrorismus oder vor Naturkatastrophen zu 100% gefeit sind. Wenn Minister Darabos behauptet, dass er ein Elementarereignis wie beispielsweise eine Hochwasserkatastrophe,*

*es zu einer Naturkatastrophe, einem Terroranschlag oder einer Bedrohung an unseren Außengrenzen kommen.“*

## Erfordernisse

Im Ernstfall beträgt die Gesamtkräfteerfordernis zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Stabilität Österreichs 55.000 Soldaten, dies wurde auch von den Regierungsparteien in der Sicherheitsstrategie festgeschrieben. Mit einem reinen Berufsheer wie Verteidigungsminister Darabos es plant, ist im Einsatzfall mit massiven qualitativen und quantitativen Einbußen bei der Leistungsfähigkeit zu rechnen. Für die ÖVP steht daher fest, dass nur durch ein System aus Grundwehrdienern, Berufs- und Milizsoldaten die Sicherheit Österreichs gewährleistet werden kann: „Die ÖVP möchte daher das Bundesheer nachhaltig reformieren, dazu haben wir gemeinsam mit Militärexperten das Modell des Österreichdienstes erarbeitet“, so Wehrsprecher Klikovits.

## Der Österreichdienst

Das Modell des Österreichdienstes basiert auf drei Säulen, nämlich dem Militärdienst mit Schwergewicht Wehrdienst, dem Militärdienst mit Schwergewicht Katastrophendienst und

dem 9-monatigen Zivildienst. Ziel ist es, künftig die Anzahl der Systemerhalter auf ein Minimum zu reduzieren, stattdessen sollen Grundwehrdiener zwischen den zwei Ausbildungsschwerpunkten wählen können. Als dritte Säule bleibt der Zivildienst in seiner heutigen Form auch weiterhin bestehen. Die Pläne erläutert Klikovits wie folgt: „Ziel ist es, jungen Menschen eine sinnvolle Ausbildung zuteilwerden zu lassen, von der sie auch nach der Zeit beim Bundesheer profitieren. Die Dauer des Grundwehrdienstes soll wie bisher sechs Monate betragen, allerdings sollen diese nicht durchgehend absolviert werden. Die ersten fünf Monate werden am Stück abgeleistet, weitere 30 Tage sind speziell für Übungen – zwei bis dreitägige Module, die an Wochenenden stattfinden – oder aber im Einsatz in der Miliz zu absolvieren (Einsatztage zählen doppelt). Die Milizeinteilung umfasst 3 Jahre im Anschluss an den Grundwehrdienst.“

## Leistbares Wehrsystem für die Zukunft

Die Tatsache, dass Minister Darabos nicht müde wird zu beteuern, dass eine Berufsarmee günstiger wäre als das jetzige Mischsystem aus Wehrpflichtigen, Berufs- und Milizsoldaten, zeugt von einer gewissen Ignoranz. Selbst ranghohe Militärs aus dem eigenen Ressort haben dem Verteidigungsminister vorgerechnet, dass bei einer Reduktion von derzeit 28.000 Berufssoldaten auf geplante 9.000, die Kosten exorbitant höher wären als im



ÖVP-Wehrsprecher Abg.z.NR Oswald Klikovits

fälle, aber auch Terrorismus und Pandemien stellen reale Bedrohungen für die Republik Österreich dar. Für Oswald Klikovits, den Wehrsprecher der Österreichischen Volkspartei, steht daher fest, dass das österreichische Bundesheer in seinen Strukturen gestärkt werden muss: „Es geht nicht darum Panik zu machen oder unnötig Ängste schüren, aber es muss

*mit einer 3.000 Mann starken Truppe von Berufssoldaten bewerkstelligen kann, dann ist das nicht nur verantwortungslos, sondern auch ein Zeichen vollkommener Realitätsverweigerung. Alleine beim Hochwasser 2002 waren 13.500 Soldatinnen und Soldaten mehr als 4 Wochen im Dauereinsatz. Das Bundesheer ist und bleibt die letzte Versicherung der Republik, sollte*

aktuellen System. „Bei einer Umstellung auf eine reine Berufsarmee bekommen wir also weniger Leistung für mehr Geld – das ist für mich vollkommen inakzeptabel. Auch die Vergleiche mit den Armeen in Schweden oder Deutschland sind schlicht und ergreifend falsch, so verfü-

gen etwa die Schweden über ein jährliches Wehrbudget von 4,7 und die Deutschen über ein Budget von 40 Milliarden Euro“, so Wehrsprecher Oswald Klikovits. Mit dem Österreichdienst der ÖVP wird eine allgemeinmilitärische, herausfordernde und nachhaltige Ausbildung sicher-

gestellt. Durch die Reduktion der Aufgaben im Bereich der Systemerhaltung sollen junge Menschen, ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechend, eine sinnvolle Zeit erleben und auch nach ihrer Zeit beim Bundesheer vom erworbenen Wissen profitieren. Zudem sind mit dem Ös-

terreichdienst die militärische Landesverteidigung, der Schutz der Infrastruktur, der flächendeckende Katastrophenschutz, die Auslandseinsätze und der EU-Solidarbeitrag auch in Zukunft gewährleistet.

Quelle: ÖVP-Wehrsprecher Abg.z.NR Oswald Klikovits ■

## Sparpaket

Es muss etwas geschehen, damit nicht das Gefüge unserer Heimat Österreich aus den Fugen gerät.

Nach langen und schwierigen Verhandlungen ist es der Koalition gelungen, für die kommenden Jahre das Budget in einem solchen Rahmen zu gestalten, dass eine relativ gesunde Ausgangslage für unsere Heimat Österreich gesichert ist. Dass die Opposition kein gutes Haar an den notwendigen Schritten lässt, ist erklärbar, aber nicht logisch.

Wenn man die Ausgangslage betrachtet, so hatte die SPÖ vorrangig neue Steuern in der Planung, während die ÖVP gezielt auf Einsparungen hingearbeitet hatte. Mir fällt dabei ein Satz ein, der dem damaligen Parteiobmann der SPÖ (1957-1967), Dr. Bruno Pittermann, nachgesagt wird:

„Wenn Geld da ist, geben wir es aus, wenn saniert werden muss, lassen wir die ÖVP heran, diese verärgert mit Sparmaßnahmen die Wähler, dann sind wir wieder für längere Zeit am Ruder und können Stimmen fangende Wahlzuckerln verteilen.“

Die ÖVP hatte unter dem Bundeskanzler Dr. Klaus (1966 bis 1970) zur Sanierung des Budgets notwendige Spar Schritte gesetzt und die Regierung Dr. Schüssel (2000 bis 2006) hatte ebenfalls durch wichtige Gesetze eine Sparlinie vorgegeben. Erinnern wir uns an die unseligen Gesetzes-

beschlüsse einige Tage vor der Wahl 2008, womit unser Staatshaushalt mit Milliardenlasten bebürdet wurde, wobei auch alle Oppositionsparteien aus Opportunismus und Wählerfang fest mitgestimmt haben. Ohne diese Lasten wären die Sparschritte im Jahr 2012 nicht oder nicht in dieser Höhe erforderlich geworden.

Nur das harte Verhandeln der ÖVP-Spitze hat zu einem vertretbaren Ergebnis geführt und nicht nur klassenkämpferische und augenauswischende Gesetze hervorgebracht. Danken wir unseren Vertretern dafür und schimpfen wir nicht nur auf die Politiker. „Politik ist die Kunst des Machbaren.“ Belastungen müssen im Sinn der demokratischen Regeln alle Bürger mittragen.

Wie es anders hätte gehen können, zeigt die Entwicklung in der Stadt Wien mit der rot/grünen Stadtregierung. Alle Tarife werden drastisch erhöht, bei den Einrichtungen der Daseinsvorsorge (Strom, Wasser, Kanal etc.) werden anstatt mit sparsamster Kostendeckung im Gegenteil durch die Auslagerung in eigene Gesellschaften Gewinne in zweistelligen Millionenbeträgen eingefahren, um damit kostspielige und politisch einseitige Aktivitäten zu finanzieren. GK ■

## „Die Geschichte des ‚Grauen Hauses‘ und der österreichischen Strafgerichtsbarkeit“

Von 14.6.2012 bis 7.11.2012 wird im Landesgericht für Strafsachen Wien eine historische Ausstellung stattfinden, in deren Rahmen die Entwicklung der österreichischen Strafgerichtsbarkeit in sechs Themenblöcken behandelt werden soll.

### 6 Themenblöcke:

#### 1. Geschichte des Grauen Hauses

Baugeschichte, historische Entwicklung (Schrane etc.)  
Gefangenenhaus  
Geschichte des Bibliotheksvereins im LG für Strafsachen Wien  
*Großer und Kleiner Sitzungssaal, Präsidiums-Räume, Bibliotheksverein*

#### 2. Spektakuläre Fälle

Historisch-politische Fälle: Grasl 1818, Stürgkh/Friedrich Adler 1917, Schattendorf 1927, Gerl-Prozess 1934, Sozialisten-Prozess 1936  
*Egon Schiele-Saal, Präsidiums-Räume*

#### 3. Laiengerichtsbarkeit

Geschworenengericht, Schöffengerichte  
Historischer Abriss über die Entwicklung der Laiengerichtsbarkeit in Österreich  
Podiumsdiskussion  
*Großer Schwurgerichtssaal*

#### 4. Todesstrafe, Folter/Leibesstrafen

Todesstrafe in Österreich – verschiedene Beiträge, u.a.  
Standgerichte Februar 1934  
Internationale Entwicklung der Ächtung der Todesstrafe  
*Weihestätte*

#### 5. NS-Unrechtsjustiz

Opfer, Hinrichtungen 1938-1945, Aufarbeitung der NS-Verbrechen  
Volksgesichte am Beispiel Engerau-Prozesse 1945-54 und Stein-Prozess 1946  
*Weihestätte/Hinrichtungsraum, Teile des Großen Schwurgerichtssaales*

## 6. „Strafjustiz stellt sich vor“

Präsentation der Strafgerichtsbarkeit und verschiedener Institutionen: ua JA Wien-Josefstadt, StA Wien, Rechtsanwaltskammer Wien, 100 Jahre Hauptverband der Sachverständigen, NEUSTART, Jugendgerichtshilfe  
*Servicecenter*

### Voraussichtliche und derzeit geplante Veranstaltungen im Rahmen dieser Ausstellung:

**Zum Auftakt am 14.6.2012, 17:00 Uhr im Großen Schwurgerichtssaal** wird HR des VwGH Dr. Alfred Waldstätten sein Handbuch „**Staatliche Gerichte in Wien seit Maria Theresia**“ präsentieren.

**26.6.2012** Buchlesung von Dr. Volker Raus  
Anschließende Podiumsdiskussion zur Geschworenengerichtsbarkeit

### 30.6.2012, 10:00 Uhr

Gedenkmesse in der Kapelle der Justizanstalt Wien-Josefstadt, Kranzniederlegung in der Weihestätte, Führung mit Schwerpunkt NS-Unrechtsjustiz

### 14.7.2012, 14:00 Uhr

(85. Jahrestag der Verkündung des „Schattendorf-Urteils“ 1927)  
Nachstellung der Prozesse (nach heutiger Rechtslage) im Großen Schwurgerichtssaal

**Geplant auch:** Prozess gegen Friedrich Adler (Mord an Ministerpräsident Graf Stürgkh 1916)

## Herbst 2012:

**Veranstaltungsreihe** der Fachgruppe Strafrecht der Richtervereinigung gemeinsam mit dem DÖW zum Thema „NS-Unrechtsjustiz“ u.a. Podiumsdiskussion zur Rolle der Richter/Staatsanwälte/Rechtsanwälte in der NS-Unrechtsjustiz sowie zur Tätigkeit der Volksgerichte nach 1945

### weitere Buchpräsentationen:

*Willi Weinert* („Mich könnt ihr löschen, aber nicht das Feuer“, Zeitzeugen)

*Barbara Sauer/Ilse Reiter-Zatloukal* („Advokaten 1938“)

*Armin Zitter* („Flieg, Schwalbe flieg“, Eisenbahner im Widerstand aus St. Veit/Glan)

**1.11. und 2.11.2012** Gedenkveranstaltungen in der Weihestätte

GK ■



## Überarbeitete und neugestaltete Homepage

Unter <http://www.oevp-kameradschaft.at> wurde die Homepage unserer Organisation neu gestaltet und aktualisiert. Besonders die Termine sind chronologisch angeführt.

Auf die gleiche Homepage wurden auch alle Ausgaben unseres Organs „Der Freiheitskämpfer“ übernommen, sodass für unsere Organisation nur mehr eine Homepage angesteuert werden muss.

Für die Landesverbände sind eigene Seiten verfügbar und es besteht die Möglichkeit ihre Termine und Informationen darzustellen. Die entsprechenden Texte können unserem Büro in Wien mitgeteilt werden.

GK ■

## Jubilar Dr. Steiner

Wir gratulieren unserem Kameraden, Botschafter Dr. Ludwig Steiner, Staatssekretär und Abgeordneter zum Nationalrat a.D. aus vollem Herzen zur Vollendung **des 90. Lebensjahres.**

Seine besonderen Verdienste und Leistungen haben wir bereits in unserer Zeitschrift „Der Freiheitskämpfer“ gewürdigt. Wir verweisen besonders auf die Nummern FK 1/94, 2/97 und 1/02.

Wir danken ihm für seine langjährige Treue und Mitarbeit und wünschen ihm für die Zukunft noch alles Gute.

### Offenlegung

**Medieninhaber:** ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekennern für Österreich (Kuratorium) **Vereinsgegenstand:** Zweck des Vereines ist insbesondere auch die Pflege und Festigung der Kameradschaft aller, die für Österreichs Freiheit gekämpft oder im Kampf gegen den Nationalsozialismus Leid und Verfolgung erlitten haben, die Pflege der pietätvollen Erinnerung an Kameraden, die für Österreich ihr Leben hingegeben haben, sowie Kampf gegen jede Diktatur, Klassen- und Rassenhass für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Menschenwürde und Bekenntnis zu Österreichs Unabhängigkeit und seiner historischen Stellung in Europa. Der Verein ist ein der ÖVP nahestehender Verband (§ 1 Abs. 3 der Statuten). Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder bei Behörden und anderen Organisationen, nimmt Einfluss auf legislative und soziale Maßnahmen für die Opfer des NS-Regimes, unterstützt deren Ansprüche und informiert nachfolgende Generationen. Der Verein nominiert weiters gem. § 17 Abs. 2 des Opferfürsorgegesetzes (OFG) BGBl 185/1947, idGF Vertreter in die beim Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz bestehende Opferfürsorgekommission, seine Landesverbände gem. § 11 c) OFG Mitglieder in die bei dem jeweiligen Amt der Landesregierung gebildete Rentenkommission. **Dem Vorstand gehören an:** Obmann KomR. Dr. Gerhard Kastelic, Obleute-Stv. Matthias Denifl und Christine Felzmann, Kassier Othmar Burian, Schriftführer RA Mag. Dr. Marcus Zimmerbauer. **Grundlegende Aufgabe der Zeitschrift** ist neben dem Bericht über die Aktivitäten des Vereines die Weitergabe von Information an die Öffentlichkeit und vor allem an die jüngere Generation über beweiskräftige Tatsachenberichte, sowie Beistellung von Akten, Dokumenten und sonstigen stichhaltigen Unterlagen, die geeignet sind, den großen Anteil Österreichs am Befreiungskampf Europas unwiderleglich zu erweisen.

[www.oevp-kameradschaft.at](http://www.oevp-kameradschaft.at)  
[office@oevp-kameradschaft.at](mailto:office@oevp-kameradschaft.at)

### Impressum:

#### Medieninhaber und Herausgeber:

Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekennern für Österreich, 1080 Wien, Laudongasse 16  
Tel: 01/406 11 44  
Fax: 01/401 43-350  
Schriftleitung: Mag. Dr. Michael Höfler

**Fotos:** Archiv, photos.com, ÖVP-Wien, Eva Zeman, privat

**Satz/Umbruch:** Tanja Pichler, 1070 Wien, Kaiserstraße 94

**Druck:** Druckerei Lischkar, Migazziplatz 4, 1120 Wien

